



„OFFENE TÜR“

„Der besonders große Kreis der erwerbslosen Jugend erfordert die Bereitstellung von Heimen während der Wintermonate für die erwerbslosen Jugendlichen, in denen sie ihre aufgezogenen Mußstunden sinnvoll verbringen können.“

Die im Jugendring zusammengefaßten Jugendgruppen bitten die Stadtverwaltung sowie das Arbeitsamt, unverzüglich geeignete Räumlichkeiten für die erwerbslose Jugend zur Verfügung zu stellen, in denen neben Büchern und Zeitschriften geeignete Spiele zur Unterhaltung bereitstehen.

Die Jugendgruppen erklären sich bereit, von ihrer Seite Helfer für die Betreuung der erwerbslosen Jugend während der Öffnungszeiten des Heims zu stellen. Sie halten es ferner für zweckmäßig, durch Kurzvorträge geeigneter Referenten die erwerbslose Jugend mit den verschiedensten Fragen des täglichen Lebens vertraut zu machen und hierfür auch geeignete Lehrkräfte der örtlichen Berufsschulen heranzuziehen.“

So lautete ein Antrag der Jugendabteilung des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Kreisverband Wilhelmshaven, an den Jugendring der Stadt Wilhelmshaven, der nach einer entsprechenden Begründung durch unseren Vertreter im Jugendring einstimmig angenommen und an die Stadtverwaltung weitergeleitet wurde.

Im Jugendausschuß des Rates der Stadt, dem wiederum ein Vertreter der Gewerkschaftsjugend angehört, wurde darauf beschlossen, in zwei Heimen eine Lese- und Wärmehalle für die erwerbslose Jugend Wilhelmshavens einzurichten. Das Jugendamt wurde mit der Ausgestaltung der Räume beauftragt.

Trotz der überaus schlechten Wirtschaftslage der Stadt Wilhelmshaven — auf zwei Erwerbstätige kommt ein Erwerbsloser — wurden erhebliche Mittel für die Anschaffung neuer Unterhaltungsspiele, Bücher, Zeitschriften, Rundfunkgeräte sowie für die Ausschmückung (Tischdecken usw.) verausgabt und konnten somit die Räume so geschmackvoll hergerichtet werden, daß sich jeder darin wohlfühlen kann.

Als „Offene Tür“ konnten beide Räume, die räumlich weit getrennt liegen, der erwerbslosen Jugend in einer kleinen Feierstunde übergeben werden, und es hat sich gezeigt, daß es notwendig war, solche Einrichtungen zu schaffen. Wenn auch zunächst die Öffnungszeiten nur auf die Zeit von 9 bis 14 Uhr festgelegt waren, so hat sich doch schon jetzt die Notwendigkeit ergeben, diese bis mindestens 18 Uhr auszudehnen, da die Jugend von diesen Einrichtungen regen Gebrauch macht.

Wir nehmen an, mit dieser Einrichtung auch den Jugendabteilungen im übrigen Bereich unserer Bundesrepublik einen Weg gezeigt zu haben, wie sie praktisch der erwerbslosen Jugend helfen können, die ihr aufgezogenen Mußstunden sinnvoll zu verbringen, zumal hier die Gelegenheit gegeben ist, in Kurzvorträgen die erwerbslose Jugend mit dem Ideengut der Gewerkschaft vertraut zu machen.

Abschließend möchten wir bemerken, daß eines der Heime das Heim der Gewerkschaftsjugend Wilhelmshaven ist, das zwar Eigentum der Stadt Wilhelmshaven ist, aber unserer Jugendabteilung für ihre Arbeit zur Verfügung gestellt wurde.

Hier spricht der Leser

Was will die Jugend?

Was fanden wir denn vor, die wir aus jahrelanger bitterer Gefangenschaft zurückkehren? — Korruption, Vertröstungen, einen überorganisierten Verwaltungsapparat, der sehr wenig oder gar kein Verständnis für die Nöte der Heimkehrer aufbrachte. Wer das Glück hatte, an seinen alten Arbeitsplatz zurück zu können, fand dort Leute vor, die inzwischen die besten Posten besetzt hatten.

Das Günstgeschrei der Parteien wirkte nur wie ein schlecht verhülltes Buhlen um die Stimme der Jugend bei den Wahlen. Es weckte nicht das politische Interesse, sondern im Gegenteil, die schlechte Erinnerung an die Vorgänge der Vergangenheit wurde deutlich wach. Und die Jugend wurde zu der an und für sich falschen Einstellung gleichsam getrieben: „Wir betätigen uns überhaupt nicht mehr mit Politik, wir wollen nichts mehr davon wissen.“

Wie sie aus dieser gefährlichen Lethargie wieder herauszureißen ist? Die Jugend will gewonnen und überzeugt werden, sie will, daß man sich um sie kümmert. Sie will nicht erst irgend etwas leisten müssen, sondern sie will, daß die Regierung eine Politik betreibt, die aufwärts führt und in der Lage ist, der Jugend neue Lebensmöglichkeiten zu erschließen. Sie möchte den Eindruck gewinnen, daß man es einmal wirklich ehrlich meint und nicht nur Vorwände sucht, erneut den noch verbliebenen Rest auf irgendwelchen Schlachtfeldern zu opfern. Wenn die neuerstandene Bundesregierung eine Politik betreibt, aus der auch die Jugend erkennen kann, es geht aufwärts, wird sie ihr Vertrauen gewinnen und eines Tages sagen können: „Die Jugend macht wieder mit.“

Rudi Baehrens, Radevormwald.

Nimmt man uns wirklich ernst?

Ich darf darauf hinweisen, daß wir heute als Gewerkschaftsjugend einen erbitterten Kampf führen müssen um die Rechtsstellung der Betriebsjugendausschüsse. Diese Jugendvertretung in den Betrieben, der Keimzelle der Gewerkschaften und somit der Gewerkschaftsjugend, konnte durch unermüdlichen Fleiß von uns ins Leben gerufen werden. Viele ältere Kollegen haben uns bei dieser Arbeit mit Rat und Tat zur Seite gestanden. Nachdem wir aber dazu übergingen, im Rahmen des Betriebsrätegesetzes die Rechtsstellung des Betriebsjugendausschusses zu erlangen, ließ man uns allein. Es ist uns allen bekannt, daß die Gewerkschaftsjugend mit Unterstützung der Jugendverbände verschiedentlich die zuständigen Stellen zur Anerkennung dieser unserer Forderung angegangen hat. Das Resultat kennen wir. Warum erfüllt man unsere Forderung nicht? Bevor wir jedoch m. E. das Parlament als Organ der Gesetzgebung verantwortlich machen, muß die Frage aufgeworfen werden: Geht die Gewerkschaft als solche überhaupt mit unserer Forderung einig? Zur Beantwortung dieser Frage genügt uns nicht eine theoretische Bejahung, sondern die tatsächliche Mitarbeit an der Verwirklichung möchten wir gerne feststellen können. Da sieht es aber leider nicht sehr rosig aus. Man möchte manchmal meinen, daß man unsere Arbeit als Spielerei auffaßt. Wir möchten nicht nur einmal erwähnt werden, wenn es gerade so paßt, sondern wir wollen mitarbeiten. Wie der ältere Gewerkschafter seine schönste und ehrenvollste Tätigkeit in der Mitarbeit im Betriebsrat sieht, so viel bedeutet es auch dem jungen Gewerkschafter, im Betriebsjugendausschuß mitzuarbeiten.

So, wie um die Rechtsstellung des Betriebsrates gekämpft wurde und wird, so muß auch um die Rechtsstellung des Betriebsjugendausschusses gekämpft werden. Daß unsere älteren Kollegen diesen Kampf nicht immer so ernsthaft führen, ist der Vorwurf, den wir erheben müssen. Matth. Weißenfels, Wiesbaden.

Diskutiert über das Berufsausbildungsgesetz!

Bei einem Unterausschuß der Arbeitsminister der westdeutschen Länder in Bonn liegen 39 Gesetzentwürfe auf arbeits- und sozialpolitischem Gebiet vor, unter denen sich auch das Gesetz zum Schutz der Jugend und das Berufsausbildungsgesetz befinden. Der Bundesvorstand der Gewerkschaften hat ebenfalls einen Entwurf zu einem Berufsausbildungsgesetz fertiggestellt und allen Ortsvereinen zugeleitet. Es wäre nun äußerst wertvoll, wenn dieser Entwurf überall im Lande diskutiert würde, und zwar nicht nur mit den Gewerkschaftskollegen, sondern mit allen beteiligten und interessierten Stellen, z. B. Arbeitsamt, Berufsberatung, Berufsschule, Industrie- und Handelskammer, Jugendverbänden und Parteien, um mit unseren Vorschlägen an die Öffentlichkeit zu treten und unsere Forderungen weiten Kreisen bekanntzugeben.

Bei einer derartigen Aussprache in Velbert konnten beispielsweise die Vertreter der Industrie- und Handelskammer, der Berufsschule und des Arbeitsamtes nicht verstehen, daß in der Berufsausbildung eine organische Änderung eintreten müsse, „wo sich doch bisher alles so gut abgewickelt hat“. Der Berufsberater hingegen stimmte mit unseren Forderungen, die Berufsausbildung den veränderten Verhältnissen gegenüber früher anzupassen und neue Organe zu schaffen, in denen nicht mehr die Arbeitgeber allein tonangebend sind, sondern neben ihnen, gleichberechtigt, die Arbeitnehmer (vertreten durch die Gewerkschaften), überein.

Wenn in allen Orten ähnliche Aussprachen herbeigeführt würden, wäre es möglich, aus ihren Ergebnissen dem Bundesvorstand brauchbare Vorschläge zu machen. Helmut Demski.

Lieber Aufwärts!

Die Betriebsjugendgruppe Buckau R. Wolf A.-G. in Grevenbroich will es nicht versäumen, Dir zu danken für so manches, das Du uns für den Beruf oder als Unterhaltung geboten hast. Voller Stolz können wir heute auf die Tatsache schauen, daß von unseren 70 Lehrlingen 65 den „Aufwärts“ halten und vor allen Dingen auch lesen. Einen Wunsch aber haben wir an Dich: vielleicht ist es Dir möglich, ein Fach für die Facharbeiterprüfung etwas näher zu beleuchten, und zwar „Gemeinschaftskunde“.

Wie bitter es sich rächt, daß man bisher 50 und 60 Schulkinder in eine Klasse zusammenpferchte und daß der Staat für alles andere eher Geld hergibt als für die so dringend notwendigen Schulen, sieht man aus den Aufsätzen, die die zu Ostern einzustellenden Lehrlinge bei der letzten Eignungsprüfung geschrieben haben. Nachstehend ein Beispiel:

„Warum erlerne ich einen Beruf?“

Ich werde Ostern 1950 aus der Schule kommen. Ich habe mir vorgenommen, Schlosser zu werden. Diesen Beruf habe ich mir schon vor einigen Jahren ausgewählt. Ich erlerne ein Beruf, damit ich etwas Geld verdienen und etwas zu essen habe. Wenn später verheiratet wär und hätte kein Beruf gelernt, dann würden meine Kinder verhungern. Außerdem würde ich Knecht bei einem Bauer werden. Dann würde ich mehr Kleider verschleien als Geld verdienen.“

Du siehst, lieber „Aufwärts“, welche große Aufgabe wir haben, wenn wir die Jungen zu brauchbaren Gliedern unserer Gemeinschaft machen wollen, und wir hoffen sehr, daß Du uns dabei hilfst.

Wiese, Jugendsprecher und Betriebsobmann.

Neuntes Schuljahr?

Eine Antwort aus der Schweiz
Seit mehr als 15 Jahren besteht in der Schweiz das neunte Schuljahr. Es wurde 1932 durch Bundeserlaß eingeführt, und zwar hauptsächlich aus gesundheitlichen und beruflichen Gründen.

Die Zahl der Schweizer Familien, die in einer reichen Kinderschar das Mittel zum Verdienst sah, war ziemlich groß. Um der Kinderarbeit kräftig entgegenzuwirken, mußte die Schulzeit verlängert werden. Diese Vierzehnjährigen, die nicht viel mehr als lesen, schreiben und rechnen konnten, deren körperliche Entwicklung ebenfalls noch nicht abgeschlossen war, erwiesen sich nämlich nach wenigen Jahren untauglich zur Erlernung eines regelrechten Berufs.

Als 1932 das neue Berufsausbildungsgesetz erlassen wurde, kam zur gleichen Zeit die Verlängerung der Schulzeit bis zum 16. Lebensjahr. Die Anforderungen der heutigen Fachausbildung sind sehr hoch und können nur von körperlich und geistig entwickelten Menschen überhaupt geleistet werden. Das neunte Schuljahr schuf einen Übergang zwischen der eigentlichen Schulbildung und der Berufsausbildung. Für die Mädchen als Frauenarbeitsjahr, das sie in entsprechenden Schulen mit allen weiblichen Berufen näher bekannt machte und dabei auch auf den späteren Beruf als Hausfrau und Mutter Rücksicht nahm; für die Jungen wurde das letzte Schuljahr zum Berufsfindungsjahr ausgebaut, das ihnen in besonderen Lehrgängen und in verschiedenen Fachschulen Einblick in die ihnen offenstehenden Berufe gewährte. Damit ist ein Fehlgriff bei der Entscheidung zum Lehrberuf fast vermieden, während früher, bei den noch unreifen, unentschlusenen Vierzehnjährigen solche Fehlgriffe sehr häufig waren. In dieses neunte Schuljahr fallen auch die Berufseignungsprüfungen, denen sich besonders Unentschlussene unterziehen.

Was nun die finanzielle Seite anbetrifft, so ist eine höhere Belastung der Eltern nicht zu bestreiten. Diese wird aber bei weitem gutgemacht durch die höhere Leistungsfähigkeit der Jugendlichen ab dem 16. Lebensjahr. Unsere Statistiken belegen klar, daß der Gesundheitszustand sich durch diese Maßnahme derartig gehoben hat, daß eigentlich keine Verspätung im Vergleich zu früher eintritt, weil die Lehrlinge gesundheitlich fester sind und weniger Arbeitstage ausfallen. Andererseits ziehen auch die Arbeitgeber den 16jährigen Lehrling vor, da er besser arbeitet und eine leichtere Auffassungsgabe besitzt.

Trotz des materiellen Opfers müssen wir in der Schweiz das neunte Schuljahr im Interesse der heranwachsenden Generation gutheißen, dies um so mehr, als unsere ganze Produktion von der beruflichen Qualität unserer Facharbeiter abhängt. Die Erhöhung der Gemeindesteuern zur Durchführung des neunten Schuljahres ist darum aus seinerzeit widerstandslos angenommen worden, und dies war ein Beitrag zum sozialen Frieden. Carmen Leu, Lausanne.

Herausgeber: Deutscher Gewerkschaftsbund. Verlag: Bund-Verlag GmbH., Köln, Breite Straße 70, Telefon 5 86 41. Schriftleitung: Hans Treppie, Köln, Pressehaus, Ruf 5 86 41. Fernschreiber: 038/562. Verlagsleitung: Heinz Decker, Georg Reuter. Erscheint alle 14 Tage. Bezugspreis vierteljährlich 85 Pfg. zusätzlich 18 Pfg. Zustellgebühr. Bestellung bei allen Postämtern und Jugendfunktionären. Unverlangt eingesandten Manuskripten muß Rückporto beigefügt werden. Druck: Kölner Pressedruck GmbH., Köln, Pressehaus, Breite Straße 70.